

Salzburger Nachrichten am 17. März 2006 - Bereich: Österreich

Hilfe für AMIS-Geschädigte

Ein Sammelklage-Verein trägt das Prozessrisiko für 16.000 Anleger. Auch die Republik Österreich muss mit Schadenersatzforderungen im Betrugsfall AMIS rechnen.

WIEN (SN-pef, gs). Rund 16.000 geschädigte Anleger des in Konkurs befindlichen Wiener Finanzdienstleisters AMIS und deren Tochter AMIS Finance Consulting können sich nunmehr an einen neu gegründeten Sammelklage-Verein wenden, um Prozesse ohne Kostenrisiko zu führen. Wie berichtet, ermittelt die Staatsanwaltschaft gegen AMIS-Verantwortliche wegen Betrugsverdachts, der Schaden könnte mehr als 140 Mill. Euro betragen.

Für Anleger, die offene Forderungen an den Verein abtreten und sich Sammelklagen anschließen, übernimmt die AdvoFin Prozessfinanzierungsgesellschaft AG das Prozessrisiko. "Gerichts-, Sachverständigen- und Rechtsanwaltskosten werden zur Gänze vom Verein getragen. Wir entlasten die AMIS-Anleger und übernehmen auch im Fall des Unterliegens im Prozess sämtliche Kosten", sagte Franz Kallinger, Vorstand der AdvoFin.

Im Gegenzug erhält die AdvoFin einen Anteil vom Prozesserrlös - bei außergerichtlicher Einigung neun Prozent, bei einem Gerichtsverfahren 36 Prozent. Das Modell hat sich bereits bewährt: Für 2300 Geschädigte der WEB-IMMAG Bautreuhand-Affäre konnte der Verein Anlegeransprüche durchsetzen. Nach zweieinhalb Jahren Verhandlungen wurde mit der Salzburger Sparkasse außergerichtlich ein Vergleich über 19,1 Mill. Euro erzielt.

"Durch die Bündelung der Ansprüche möglichst vieler AMIS-Anleger verstärkt sich unsere Verhandlungsposition enorm - diesen Vorteil nützen wir im Sinne der Anleger", erklärte Werner Albeseder, Vorstandschef des Sammelklage-Vereins. Bis 12. Mai 2006 haben die Anleger Zeit, ihre Forderungen an den Verein abzutreten. Kallinger geht davon aus, dass sich mindestens 2000 Geschädigte anschließen werden. Die Wahrscheinlichkeit, im Prozess zu gewinnen, schätzte er mit mehr als 50 Prozent ein. "AMIS ist eines der dunkelsten Kapitel der österreichischen Wirtschaftsgeschichte", betonte Albeseder. Es seien "Gelder von unbedarften Menschen kassiert" worden.

Wie sich jetzt herausstellt, reichte das Netzwerk von AMIS bis weit nach Osteuropa. "Eine besondere Schande ist, dass Anleger aus den neuen EU-Mitgliedsländern angesprochen und geschädigt wurden", sagte der Honorarkonsul von Litauen, Rechtsanwalt Ulrich Salburg. Osteuropäer um gesamte Ersparnisse gebracht Er wurde von der litauischen Botschaft engagiert. Demnach wurden jeweils zwischen 200 und 300 Anleger aus Litauen, Lettland sowie Estland geschädigt, zudem 1000 Russen, 500 Weißrussen und 100 Kirgiser. Zumeist handelte es sich um Kleinanleger, die ihre gesamten Ersparnisse von 2000 bis 4000 Euro eingebracht hatten. Die Russen beklagen einen Verlust von rund 1,7 Mill. Euro. In Litauen und Russland betrage ein Jahresgehalt im Schnitt rund 2000 Euro, sagte Salburg. AMIS-Keiler hätten in diesen Ländern mit den Zukunftsängsten der Menschen gespielt und Panik verbreitet, dass die Länder unmittelbar vor einer Bankenkrise stünden. "AMIS hat den Vertrauensbonus, der in Österreich und die westlichen Staaten gesetzt wurde, missbraucht", sagte Salburg. Eine Litauerin, die mehr als 500.000 Euro für AMIS vermittelt hatte, sei jetzt Ansprechperson für alle Geschädigten. "Sie hat selbst Geld verloren und gilt dort als Sündenbock. Sie hat kein leichtes Leben mehr."

Rechtsanwalt Rainer Maria Kraft kündigte an, er werde sich mit Klagen gegen die in Venezuela inhaftierten AMIS-Vorstände Harald Loidl und Dietmar Böhmer, die bald nach Österreich ausgeliefert werden sollen, nicht zufrieden geben. Es werde viele Schadenersatzklagen aus verschiedenen Rechtsgründen geben. Als weitere Haftungsadressaten kämen "an erster Stelle" die Republik, die Anlegerentschädigung für Wertpapierunternehmen, die fondsführende Sella Bank in Luxemburg oder die Finanzmarktaufsicht in Frage. Zielfahnder Helmut Reinmüller vom Bundeskriminalamt betonte, die Auslieferung sei eine klare Sache, weil bereits die Verhaftung der Verdächtigen Ende 2005 extra dafür erfolgt sei. www.sammelklageverein.at
